

Gerhard Hofmann

Zwischenruf: Was von Cancún bleibt

Der Klimagipfel ist nicht gescheitert – immerhin

Gerhard Hofmann

(* 1948) war u.a. langjähriger Chefkorrespondent von RTL und n-tv. Er ist heute freier Autor und Berater in Energie- und Nachhaltigkeitsfragen.

hofmann@agentur-zukunft.eu



Ich fühlte mich beobachtet. Vorsichtig schaute ich nach rechts und links. Eben hatte ich den Flughafen von Rio de Janeiro verlassen, zuvor anstandslos die Kontrollen passiert. Man muss nicht ARD-Südamerika-Korrespondent sein, um zu wissen, dass es riskant ist, mit 75.000 Dollar in der Tasche durch Rio zu laufen. Gott sei Dank wartete der Fahrer direkt am Ausgang. Nun mussten wir nur noch durch den chaotischen Verkehr, und ich atmete auf, als ich das Dollarbündel über den Marmortresen des Cesar Park Ipanema schob. Das Hotel reservierte die Zimmer für das ARD-Team nur gegen Vorkasse.

Das war 1992. Die *United Nations Conference on Environment and Development* (UNCED) war mit 172 Teilnehmerländern die bis dahin größte – erstmals wurden Umwelt und Entwicklung gemeinsam behandelt; Klimawandel, Nachhaltigkeit und Biodiversität waren Wörter der Stunde. Wehte damals der Geist des Aufbruchs durchs Konferenzzentrum von Rio (obwohl die USA auch da schon bremsen), galt Al Gore (dennoch) als Hoffnungsträger, legte Umweltminister Töpfer den Grundstein für sein weltweites Ansehen als Anwalt der armen, kleinen und am meisten

von der Klimakatastrophe bedrohten Länder – so war Cancún Ende 2010 mit seinen 193 Delegationen nach dem »Brokenhagen-Schock« wohl »eher eine Art Selbstfindungstagung der Klimadiplomaten« (so ZDF-Umwelt-Experte Volker Angres), diagnostizierte Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) »den Patienten Weltklimavertrag hat man zwar am Leben gehalten, auf eine wirksame Therapie hat man sich aber nicht einigen können«, bemerkte Ex-Umwelt-Staatssekretär Michael Müller einen »neuen Geist der Zusammenarbeit« und »Fortschritte in wichtigen Einzelbereichen«. Seine »Erwartungen erfüllt« sah Umweltminister Röttgen. Dieser habe zwar nicht viel falsch gemacht, sei aber allenfalls unauffällig gewesen, konstatierte Umweltsprecher Schwabe von der SPD-Bundestagsfraktion.

War in Rio von 1,5 Grad Obergrenze für die Klimaerwärmung die Rede – wohl gemerkt: »Grenze«, nicht »Ziel« – so sind heute bereits zwei Grad allgemein akzeptiert, »ein unzureichender Wert, weil er bereits erhebliche Teile der Welt dem Klimawandel opfert« (Müller). Der Aufschrei Boliviens dagegen («Attentat gegen die Regeln des Rahmenabkommens über den Klimaschutz») verhallte.

Seit Rio ist unendlich viel geredet, konferiert, geredet und geschrieben worden – aber wenig geschehen. Der November letzten Jahres war laut NASA weltweit der bisher heißeste – 2010 das heißeste Jahr. Schellnhuber: »Desaströse Fluten wie in Pakistan hängen damit vermutlich zusammen. Im Mai wurde dort mit 53,5 Grad die

bisher höchste Temperatur in ganz Asien gemessen. Je höher der Temperaturunterschied zwischen Land und Meer ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für einen extrem starken Monsun. Der Meeresspiegel ist im Schnitt schon um rund 30 Zentimeter gestiegen. Die Promenade im ägyptischen Alexandria ist schon weg.« Die ersten Südseeinsulaner ziehen um, ein neues Wort entsteht: »Klimaflüchtling«. Bis 2050 könnten es geschätzte 200 Millionen sein (Internationale Organisation für Migration, IOM). Müller: »Während sich der Klimawandel rasant beschleunigt, verlässt die Politik noch immer nicht den Bummelzug.«

Was ist zu tun?

Europa muss wieder die Vorreiterrolle übernehmen, muss sein CO₂-Reduktionsziel für 2020 auf mindestens 30 % erhöhen (das sieht nicht nur Röttgen so) – Cancún erwartete 40 % von den Industriestaaten – mit Recht: Ein Afrikaner verursacht 0,3 Tonnen CO₂, ein Europäer mehr als zehn. Wuppertal-Institutgründer Ernst-Ulrich von Weizsäcker weist auf etwas hin, »das in Cancún nicht zur Sprache kam: Pro-Kopf-Emissionsrechte – schon von der Kanzlerin und vom Bundestag unterstützt –, oder Länder-CO₂-Budgets (wir hätten unseres schon aufgebraucht und müssten im Süden einkaufen). Dann kämen die Entwicklungsländer automatisch ins Boot, hätten einen echten Anreiz zur CO₂-Verringerung und wären nicht auf die Almosen eines Fonds angewiesen.« Weizsäcker meint, wir, die EU, sollten damit nicht warten bis es weltweit gelte. CO₂ muss dabei endlich einen Preis bekommen, so PIK-Klimaökonom Edenhofer – und er schlägt vor, den *Global Deal* des Briten Nicholas Stern mit fünf Säulen zu unterfüttern: CO₂-Handel, nachhaltige Wald-Nutzung, Förderung klimafreundlicher Technologien, Anpassung an den Klimawandel und aktive Armuts-politik.

Hans-Peter Repnik vom Rat für Nachhaltige Entwicklung weiß aus langer politischer Erfahrung, »dass man oft weit vorausgehen muss, Vorschläge machen muss, die nicht sofort Wirklichkeit werden, und dann nicht enttäuscht sein darf«. Stichwort Zivilgesellschaft: Bürger-Engagement für Nachhaltigkeit muss steuerlich begünstigt werden. In einem »Policy Paper« schlägt die *Stiftung Neue Verantwortung* der Bundesregierung vor, »den gesellschaftlichen Wert der Nachhaltigkeit ins Gemeinnützigkeitsrecht« aufzunehmen und Firmen-gründungen zu fördern, wenn sie Lösungen etwa zum Klimawandel bieten. Repnik will einen »Dialog 2050« mit bis zu 27-Jährigen (die gehen 2050 in Rente) über einen neuen Meinungs- und Bewusstseinsbildungsprozess sowie einen Nachhaltigkeitskodex mit verbindlichen Regelungen und Selbstverpflichtungen für die deutsche Wirtschaft. Seit 15 Jahren arbeitet eine Gruppe an der Universität Frankfurt am Main (www.ethisches-consulting.de) an Vorschlägen, wie die Übernutzung der Ressourcen und Externalisierung von Produktionskosten zu stoppen sind – Gerhard Scherhorn hat darüber in der NG/FH 6/2009 geschrieben (Die Nachhaltigkeit des Kapitaleinsatzes muss in den Artikel 14, Abs. 2 des Grundgesetzes).

Umwelt-Einsatz zahlt sich wirtschaftlich aus; wir sind Weltmarktführer in den erneuerbaren Energien; tausende Arbeitsplätze sind entstanden. Töpfer kann »das Zögern der Staaten beim Umweltschutz nicht nachvollziehen«. Obwohl »der multilaterale UN-Prozess noch einmal davon gekommen ist«, seien jetzt bilaterale Partnerschaften mit solchen Staaten nötig, die sich ebenfalls zu aktivem Klimaschutz verpflichtet hätten. Cancún sei für Deutschland als Exportnation von größter Bedeutung. Denn laut Töpfer heißt ökologisches Handeln eben nicht ökonomische Belastung: Alle Erfahrung zeige, »dass es genau anders ist. Wir haben in Deutschland als erste Kohlekraftwerke entschwefelt. Jetzt

sind wir einer der wichtigsten Exporteure von Rauchgas-Entschwefelungsanlagen«. Staaten, die engagiert Umweltpolitik betrieben hätten, stünden nicht wirtschaftlich schwach da, im Gegenteil – technologische Neuerungen im Umweltschutz seien zu Exportschlägern geworden. Hinzu komme, dass es einen »positiven *switch*« im Denken gebe: Die *Green Economy* sei nicht mehr eine Wirtschaft des Verzichts, sondern »economically sexy«.

Mancher träge Stammtisch-Skeptiker hierzulande sagt, der deutsche Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen sei so gering, dass es nichts nütze, wenn wir uns anstrengen. Der liebe Gott habe die Erde so erschaffen, dass wir Menschen sie gar nicht kaputt machen könnten, sagen in den USA viele kirchliche Rechte. Beides ist Unsinn – ebenso abstrus wie die Verschwörungstheorien der Klimaleugner über machtbesessene Ökologen und Klimaforscher auf dem Weg zur Welt-Öko-Diktatur. Oft ste-

cken hinter diesen Dummheiten handfeste Interessen – zumeist höchst kurzfristige; wenn die nicht von der Einsicht in die Längerfristigkeit abgelöst werden, provozieren sie die nächste Bankenkrise, beschleunigen die Klimakatastrophe und damit Hunger und Armut in der Welt. Für die Rettung unseres Finanzsystems geben wir Milliarden aus – warum retten wir eigentlich nicht die Erde?

In meinem ganzen journalistischen Berufsleben habe ich nie soviel in so kurzer Zeit dazu gelernt wie damals in Rio. Wir waren jeden Tag in der *tageschau*, haben 42 Satellitenübertragungen fehlerfrei hinkommen und waren am Ende sehr zufrieden mit uns – in Bezug auf das Thema ist es bis dahin noch weit. Die COP 17 (»17. Conference of Parties«) im südafrikanischen Durban soll schon 2011 den großen Durchbruch schaffen, damit 20 Jahre nach Rio die Ergebnisse der UNCED fortgeschrieben werden. Hope.